

Protokoll

Die Kantonsratsitzung am Montag findet coronabedingt in der Mehrzweckhalle Waldstatt statt. Kantonsratspräsidentin Claudia Frischknecht begrüsst 58 Mitglieder. Entschuldigt haben sich Susann Metzger (PU/Heiden), Pascale Sigg-Bischof (FDP/Teufen), Oliver Schmid (FDP/Teufen), Iwan Schnyder (FDP/Urnäsch), Markus Brönmann (FDP/Herisau), Roland Fischer (FDP/Speicher) und Christa Gerber (SP/Herisau).

Kinderbetreuungsgesetz (KibeG); 1. Lesung: 53 Räte sagen Ja zum Kinderbetreuungsgesetz, dazu gab es drei Nein-Stimmen sowie eine Enthaltung.

Kantonsrat, Auswärtssitzungen aufgrund von Covid-19; Nachtragskredit 1. Halbjahr 2022; Genehmigung: Der Kredit in Höhe von 100 000 Franken wird genehmigt.

Interpellation der FDP-Fraktion, Schwelleneffekte und negative Erwerbsanreize in der Sozialhilfe (Sozialbericht 2021): Regierungsrat Yves Noël Balmer beantwortet die Interpellation der FDP zum Thema Schwelleneffekte und negative Erwerbsanreize in der Sozialhilfe.

Gesetz über die Härtefallmassnahmen für Unternehmen im Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie; 2. Lesung: Die Anpassungen im Härtefallgesetz sind unbestritten und werden einstimmig angenommen.

Kantonale Volksinitiative «Starke Ausserrhoder Gemeinden»; 2. Lesung, Gegenvorschlag der Regierung, 1. Lesung: Der Rat spricht sich für den Gegenvorschlag mit vier Gemeinden aus. Angenommen wird zudem ein Eventualantrag der FDP.

Kantonsrat für Radikallösung

Eine Mehrheit spricht sich für den Vorschlag mit vier Gemeinden aus. Das Volk soll über den Fusionsprozess befinden.

Jesko Calderara

Zwangsheirat, Liebesheirat oder doch eher Vernunfttheirat? Im Kantonsrat war am Montag bei der Beratung des Gegenvorschlags zur Initiative «Starke Ausserrhoder Gemeinden» umstritten, welcher Weg zur Gestaltung der künftigen Gemeindestrukturen der beste ist. Sprich: Sollen Fusionen eher von unten kommen oder braucht es den Anstoss von oben?

Eine Mehrheit des Rates sprach sich für den Radikalvorschlag aus, den auch die Regierung bevorzugt. Demnach würden Ausserrhoden künftig nur noch aus vier Gemeinden bestehen. Diese könnten beispielsweise Hinterland, Mittelland, Vorderland und Herisau heissen. Die Initiative «Starke Ausserrhoder Gemeinden» verlangt demgegenüber lediglich die Streichung der Gemeindennamen aus der Kantonsverfassung. Sie hat zum Ziel, die notwendige Handlungsfreiheit für zeitgemässe Gemeindestrukturen zu schaffen. In der 1. Lesung wurde das Volksbegehren wegen einiger Mängel an den Regierungsrat zurückgewiesen, mit dem Auftrag, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten.

Antrag für drei bis sechs Gemeinden wird abgelehnt

Um die IG Starkes AR zum Rückzug ihrer Initiative zu bewegen, stellte Patrick Kessler (Teufen) am Montag in der Mehrzweckanlage Waldstatt im Namen der FDP-Fraktion einen Eventualantrag. Dieser sieht vor, dass die Gemeindennamen aus der Verfassung gestrichen werden. Zudem würden Bestandes- und Gebietsänderungen die Zustimmung der betroffenen



Da letzte Wort zur Fusionsvorlage haben die Stimmberechtigten im Frühjahr 2023.

Bild: Toni Küng

Gemeinden benötigen. Damit nahmen die Freisinnigen das Anliegen der kürzlich eingereichten Initiative «Selbstbestimmte Ausserrhoder Gemeinden» auf. «Das Ziel muss es sein, den Bürgerinnen und Bürgern zwei stimmige und rechtlich korrekte Vorlagen vorzulegen», sagte Kessler. Dabei soll eine Vorlage Fusionen von unten anstreben und eine von oben. Kessler setzte sich mit seinem Eventualantrag durch.

Nach längeren Diskussionen abgelehnt wurde hingegen ein Antrag von Katrin Alder. Die Herisauer FDP-Kantonsrätin wollte das Feld öffnen und schlug im Hinblick auf die Volksdiskussionen eine Variante mit

drei bis sechs Gemeinden vor. Mehrere Kantonsratsmitglieder warnten jedoch davor, dass damit zu viel Unklarheit bestehen würde. Dies traf auch auf den Antrag von Marc Wäspi zu. Der Herisauer PU-Kantonsrat wollte einen Schritt weiter als der Regierungsrat gehen. Gemäss seiner Idee würde Ausserrhoden nur noch aus drei Gemeinden bestehen, Herisau wäre Teil des Hinterlands.

Kritische Stimmen zur Vorgehensweise

In der Debatte wiesen mehrere Redner auf den Handlungsbedarf hin. Für Regierungsrat Hansueli Reutegger ist dieser bereits heute offensichtlich. So

hätten vor allem kleinere Gemeinden Mühe, Exekutivämter und offenen Stellen in der Verwaltung zu besetzen. Das Milizsystem kommt nach Ansicht der Regierung immer mehr an seine Grenzen. Der Druck werde in den nächsten fünf bis acht Jahren zunehmen, warnte der Vorsteher des Departement Inneres und Sicherheit.

Sein Fazit ist klar: «Es ist Zeit, um über die künftigen Ausserrhoder Strukturen nachzudenken.» Es handle sich allerdings um eine komplexe und emotionale Frage. «Die Regierung will aber nur Verwaltungen zusammenlegen und keinen Turnverein Vorderland schaffen», betonte Reutegger.

Auch eine Mehrheit der SVP-Fraktion zeigte sich offen für Fusionen, wenn «das Volk dies will», wie Urs Freund (Bühler) sagte. Für die Mitte-Fraktion braucht es gemäss Balz Ruprecht (Herisau) beim regierungsrätlichen Vorschlag noch Klarheit zu einzelnen Fragen, etwa zu jener des Wahlsystems. Für die SP-Fraktion wiederum sind 20 Gemeinden zu viel. Die Gemeindestrukturen müssten weiterentwickelt werden, zumal die letzten zehn Jahre in dieser Frage keine Bewegung gewesen sei, sagte Judith Egger (Speicher).

Es gab im Kantonsrat jedoch auch kritische Stimmen zum 4er-Modell und insbesondere zur Vorgehensweise. Fusionen könnten nur gelingen, wenn sie von unten kämen, sagte beispielsweise Walter Raschle (SVP/Schwellbrunn). Alfred Wirz (PU/Urnäsch) wiederum warnte davor, dass Herisau alle anderen Gemeinden überstimmen könnte. Auch FDP-Kantonsrat Marcel Walker (Stein) kann dem Vorschlag nichts Gutes abgewinnen. Er bezeichnete diesen als «destruktiv» und «radikal». «Es kann nicht sein, dass Gemeinden zu einer Lösung gezwungen werden für ein Problem, dass sie gar nicht haben.»

Vorlage geht nun in die Volksdiskussion

In der Schlussabstimmung wurde der Gegenvorschlag mitsamt dem Eventualantrag mit 47 Ja- und 6 Nein-Stimmen, bei einer Enthaltung, angenommen. Die Vorlage geht nun zusammen mit der Initiative «Starke Ausserrhoder Gemeinden» in die Volksdiskussion. Im Herbst ist dann die 3. Lesung im Kantonsrat geplant.

Kanton muss die Hälfte der Kosten tragen

Das Ausserrhoder Parlament stimmt dem Kinderbetreuungsgesetz deutlich zu, nimmt dennoch wichtige Änderungen vor.

Mea McGhee

Schon in den Eintretensvoten hatten sich am Montag alle Fraktionen, jene der SVP mit einer knappen Mehrheit, für das Kinderbetreuungsgesetz (KibeG) ausgesprochen. In der Schlussabstimmung befürworteten die Kantonsrätinnen und Kantonsräte das Gesetz in erster Lesung schliesslich mit deutlichem Mehr: 53 Räte sagten Ja, dazu gab es drei Nein-Stimmen sowie eine Enthaltung. Damit war das Gesetz als Ganzes unbestritten.

Wer befiehlt, soll zahlen

Einige Punkte wurden jedoch intensiv diskutiert. Insbesondere bei der Aufteilung der Kosten zwischen Kanton und Gemeinden gingen die Meinungen auseinander. Der Regierungsrat schlug vor, dass der Kanton einen Viertel der Subventionsbeiträge übernehmen soll und die Gemeinden 75 Prozent. Die

vorberatende Kommission Gesundheit und Soziales (KGS) hatte beantragt, 46 Prozent durch Kantons- und 54 Prozent durch Gemeindebeiträge zu leisten. Dabei würde sich der Kostenteiler nach dem Verhältnis der Steuerfüsse von Kanton und Gemeinden ausrichten, so Kommissionspräsidentin Andrea Zeller (PU/Lutzenberg). Die FDP-Fraktion wiederum beantragte, die Kosten je hälftig aufzuteilen. Andreas Welz (FDP/Trogen), argumentierte: «Es geht nicht, dass der Kanton das Gesetz macht und die Gemeinden ohne Mitspracherecht die grosse Last tragen sollen.»

Und der parteiunabhängige Alfred Wirz (Urnäsch) sagte, man solle sich beim Kostenteiler nicht auf die Steuerfüsse abstützen, da diese starke Bewegungen aufweisen könnten. Für den Antrag der FDP stimmten 45 Kantonsräte, 7 Stimmen gab es für die Variante der Kommission und nur deren 4 für jene im Gesetzesentwurf.

Unterschiedliche Ansichten gab es auch bei der Frage, ob Erziehungsberechtigte finanzielle Unterstützung erhalten, wenn sie eine ausserkantonale Kinderbetreuung in Anspruch nehmen. Der Regierungsrat möchte nur Beiträge für die Betreuung in Institutionen im Kanton sprechen. So lasse sich die Betreuungsqualität überprüfen und die Betreuungsstruktur im Kanton werde gestärkt, begründete Yves Noël Balmer, Vorsteher des Departementes Gesundheit und Soziales.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern

Die Kommission Gesundheit und Soziales beantragte, auch der Besuch einer ausserkantonalen Kita solle finanziell unterstützt werden. Keine Beiträge soll es für die Betreuung in einer ausserkantonalen Tagesfamilie geben. Die Qualitätskontrolle wäre hier sehr aufwendig, da es hierfür in den umliegenden Kantonen keine einheitlichen Kriterien gebe. 93 Prozent der

Kantonsräte sprachen sich für den Antrag der KGS aus.

Mit dem Kinderbetreuungsgesetz möchte der Regierungs-

«Es geht nicht, dass der Kanton das Gesetz macht und die Gemeinden ohne Mitspracherecht die grosse Last tragen sollen.»



Andreas Welz
FDP-Kantonsrat, Trogen

rat die Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit fördern und den Veränderungen in Gesellschaft und Wirtschaft angemessene Rechnung tragen. Bisher war es in Ausserrhoden den Gemeinden überlassen, ob und in welchem Rahmen sie familienergänzende Betreuung unterstützen. Künftig sollen berufstätige Erziehungsberechtigte mit einem Einkommen bis 100 000 Franken finanzielle Unterstützung erhalten, wenn sie ihre Kinder ausserfamiliär betreuen lassen. Zu Anwendung kommen soll eine subjektbezogene Finanzierung. Das bedeutet, dass die öffentliche Hand einen Teil der Betreuungskosten jedes Kindes übernimmt, unabhängig davon, ob es eine Kita oder eine anerkannte Tagesfamilie besucht.

Auch Wirtschaftsbetriebe gefordert

Bis zu welchem Einkommen Eltern von Subventionen profitieren können, wurde im Kantons-

rat diskutiert. «Aus volkswirtschaftlicher Sicht wäre es wichtig, Anreize zu setzen, damit sich Arbeit auch für gut ausgebildete Frauen in wertschöpfungsstarken Berufen mit mittlerem bis hohem Einkommen lohnt», sagte Matthias Tischhauser (FDP/Gais). Der Regierungsrat sei nicht bereit, den Finanzierungstopf weiter zu öffnen, so Yves Noël Balmer. Diesen Punkt nahm Urs Alder (FDP/Teufen) auf. Der Präsident des Ausserrhoder Industrieverbands sagte, die Wirtschaft müsse auch ihren Beitrag leisten. Betriebe sollten insbesondere mit Beiträgen an Eltern mit höherem Einkommen dazu beitragen, dass auch gut Ausgebildete im Berufsleben bleiben, wenn ihre Kinder noch klein sind.

Regierungsrat Balmer nahm dieses Votum seitens der Wirtschaft erfreut zur Kenntnis und sagte: «Es wäre schön, diese Unterstützung käme zum Fliegen, ohne dass es eine gesetzliche Regelung braucht.»